

# Beschluss



## **Positionierung des Deutschen Bundesjugendring „Münchner Appell“ anlässlich der Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD**

### **Die Weichen auf Zukunft stellen Kinder- und Jugendpolitik ins Zentrum rücken**

Aus Anlass der derzeit stattfindenden Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD stehen Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und der Bereich Arbeit und Soziales im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion.

Der Deutsche Bundesjugendring fordert die Verhandlungspartner auf, Kinder und Jugendliche ins Zentrum zu rücken.

Die neue Bundesregierung muss für Kinder und Jugendliche die Weichen auf Zukunft stellen. Die Chancen und Möglichkeiten der heute und morgen jungen Generation dürfen nicht weiter verschlechtert werden. Politik muss Nachhaltigkeit zur Grundlage ihrer Entscheidungen machen. Es ist sicherzustellen, dass unsere Gesellschaft auch übermorgen noch handlungsfähig ist.

Vor diesem Hintergrund appelliert der Deutsche Bundesjugendring an die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker: Kinder- und Jugendpolitik muss zentraler Gegenstand in den Koalitionsverhandlungen und wesentlicher Bestandteil zukünftigen Regierungshandelns sein. Die Förderung von Kinder- und Jugendarbeit ist eine gesetzlich verankerte Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft und demzufolge keine Subvention.

Der DBJR fordert die politisch Verantwortlichen eindringlich auf, politische Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft nachhaltig zu verbessern:

- Nur eine qualifizierte Ausbildung für Jugendliche sichert die Zukunft unserer Gesellschaft. Das duale Ausbildungssystem muss erhalten und gestärkt werden. Sofern öffentliche und private Arbeitgeber ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung zur Schaffung eines ausreichenden Angebotes an Ausbildungsplätzen nicht freiwillig nachkommen, ist es Pflicht des Gesetzgebers, über entsprechende Instrumente auf die Arbeitgeber einzuwirken.

- Alle Kinder und Jugendliche müssen in allen Bundesländern und Regionen gleichwertige Lebensverhältnisse vorfinden. Das SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) muss daher weiterhin Bundesgesetz bleiben. Die weitergehende Einführung von Öffnungsklauseln auf der Ebene der Bundesländer ist abzulehnen.
- Kinder und Jugendliche sind stärker an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Ihre Beteiligung muss Auswirkung haben.
- Armut von Kindern und Jugendlichen muss nachhaltig bekämpft werden. Die entsprechenden gesellschaftlichen Transferleistungen sind anzupassen und ein Grundeinkommen einzuführen.
- Kinder und Jugendliche müssen für ihre Zukunft eine hervorragende Bildung erhalten. Dabei ist von einem ganzheitlichen Bildungsbegriff auszugehen. Bildung ist mehr als Schule!
- Ganztagschulkonzepte sind so auszugestalten, dass Erfahrungen und Aktivitäten von Kinder- und Jugendverbänden einen festen Platz erhalten.
- Der Zugang zu Bildungsangeboten wie zur schulischen, beruflichen oder universitären Ausbildung muss gebührenfrei sein. Gleiches gilt für Kindertagesstätten. Auch muss die Ausbildungsförderung wie etwa das BAföG grundsätzlich elternunabhängig sein.
- Die UN-Kinderrechtskonvention muss in allen Punkten – ohne Vorbehalt – umgesetzt werden.
- Pflichtdienste lehnen wir ab, Freiwilligendienste sind auszubauen.
- Eine intakte Umwelt und Natur sind die Voraussetzung für die nachhaltige Sicherung der Lebensgrundlagen der Kinder und Jugendlichen. Deshalb fordern wir, dass konsequent am beschlossenen Atomausstieg festgehalten wird.

Viele unserer Forderungen sind im „Nationalen Aktionsplan. Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ dargelegt. Er weist politisch Verantwortlichen den Weg zu einer generationengerechten Gesellschaft. Die neue Regierung muss deshalb an seiner Umsetzung festhalten und auch die Jugendorganisationen daran beteiligen.

Der Deutsche Bundesjugendring und seine Mitgliedsorganisationen stehen weiterhin auf allen politischen Ebenen bereit, ihr Know-how für den Aufbau einer kinder- und jugendgerechten Welt einfließen zu lassen.

*Einstimmig von der 78. Vollversammlung am 28./29. Oktober 2005 in München beschlossen.*